

Die aussenwirtschaftlichen Auswirkungen der Erdölsituation

Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, dass die tiefgreifenden Veränderungen am internationalen Erdölmarkt in den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Spuren hinterlassen werden. Hauptsächlich in den vier Hauptbereichen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen: Währungs-, Welthandelsordnung, internationale Investitionen und Entwicklungszusammenarbeit dürften sich Umwälzungen von noch nicht abzuschätzender Tragweite abspielen. Angesichts der Komplexität der neuen Situation sowie der möglichen abrupten Szeneriewechsels auf dem Erdölsektor ist das Herausschälen von klaren Entwicklungslinien jedoch unmöglich. So werden nachfolgend nur einige wichtige nach der bisherigen Lagebeurteilung zu erwartenden erdölbedingten Veränderungen im weltwirtschaftlichen Kräftefeld aufgezeigt. Sollten sich jedoch in absehbarer Zukunft wichtige Bestimmungsfaktoren ändern, so ist es sehr wohl denkbar, dass die Entwicklung einen anderen Verlauf nehmen und neue Konfliktsituationen heraufbeschwören kann als heute angenommen wird.

Die Neuordnung des internationalen Währungssystems

Gab es in bezug auf die Neuordnung des internationalen Währungssystems schon vor dem Ausbruch der Oelkrise eigentlich mehr Symptome von Verwirrung als Anzeichen von Fortschritt, so hat sich dieser Eindruck inzwischen noch akzentuiert. Auch haben sich die berechtigten Hoffnungen, dass die Weltwirtschaft als Folge der seit August 1971 eingetretenen markanten Verschiebungen im Wechselkursgefüge allmählich auf einen Gleichgewichtspfad einmündet, jäh zerstreut. Der gigantische Anstieg der Deviseneinnahmen, den die Oelländer nach den jüngsten Preiserhöhungen erzielen werden (die Schätzungen reichen von 60 - 75 Mrd Dollar für 1974) und die damit einhergehende Verschlechterung der Ertrags-

bilanzen der Abnehmerländer haben praktisch alle Ueberlegungen über eine internationale Währungsreform "obsolet" werden lassen. Dies gilt insbesondere für drei zentrale Probleme der Reformbemühungen:

die Wiederherstellung eines funktionstüchtigen Anpassungsmechanismus, die Wiederherstellung einer angemessenen Währungskonvertibilität sowie die Frage nach einer einigermaßen stabilen Wechselkursstruktur der wichtigsten Währungen.

Nach der in Nairobi vorgelegten Rohskizze müsste zwischen den Ueberschuss- und Defizitländern ein symmetrischer Anpassungsprozess Platz greifen, damit die Zahlungsbilanzen rechtzeitig und wirksam ausgeglichen werden. Im Blick auf die zu erwartenden verzerrten Zahlungsbilanzstrukturen, indem einigen wenigen Ölproduzierenden Ländern mit gewaltigen Zahlungsbilanzüberschüssen eine Vielzahl von Ländern mit einem aussenwirtschaftlichen Defizit gegenüberstehen, ist die Ingangsetzung eines derartigen automatischen Anpassungsmechanismus kaum denkbar. Deshalb müssen andere Mittel gesucht werden, um das Währungssystem gegen die mit der einseitigen Anhäufung von riesigen Devisenguthaben verbundenen Gefahren abzusichern.

Das Problem der Währungskonvertibilität bzw. die damit eng verbundene Frage der Konsolidierung der überschüssigen Dollars hat im Lichte der Geschehnisse am Erdölmarkt einen anderen Charakter angenommen. Der Ruf der Industrieländer nach einer Konsolidierung ihrer Dollarreserven ist praktisch verstummt. Andererseits ist zu erwarten, dass nunmehr bei den Erdölproduzentenländern ein "Dollar-Ueberhang" geschaffen wird, womit ein grosses Potential für destabilisierende Geldbewegungen entsteht.

Die Gestaltung des Wechselkurssystems ist vor dem Hintergrund der Oelkrise und der damit verbundenen Möglichkeit einer weltweiten Wirtschaftsrezession von besonderer Tragweite.

Es besteht die ernstzunehmende Gefahr, dass die erdölinduzierten Wirtschafts- und Zahlungsbilanzaussichten einen wettbewerbsorientierten Abwertungswettlauf auslösen könnten. Damit würde eine gefährliche Spirale der Desintegration, des Protektionismus und des Rezessionsexports in Bewegung gebracht. Diente ursprünglich das EG-Devisenmarktinterventionssystem als eine Art Modell für ein auf stabilen, aber anpassungsfähigen Paritäten beruhenden Weltwährungssystem, so ist anzunehmen, dass infolge der jüngsten Ereignisse im Erdöl- und Währungssektor dieser Plan beiseite gelegt worden ist.

Die Kraft des Faktischen hat die Voraussetzungen und Prioritäten einer Währungsreform grundlegend geändert. Es wird einige Mühe kosten, um zu verhindern, dass die Welt nicht in eine nationale und protektionistische Währungspolitik abgleitet.

Es zeigt sich gerade im Währungsbereich, wie wichtig es für ein welthandelsverflochtenes Land mit einem der effizientesten Kapitalmärkte der Welt ist, dass die Anstrengungen für eine bessere und intensivere internationale Zusammenarbeit nicht erlahmen. Die Schweiz wird wahrscheinlich über kurz oder lang nicht umhin können alles zu unternehmen, um ihren Standpunkt in den relevanten Gremien besser zu vertreten. In diesem Zusammenhang wird insbesondere das Verhältnis der Schweiz zum IWF neu zu überprüfen sein.

Die Auswirkungen der Erdölpreiserhöhungen auf den Welthandel¹⁾

In dem im letzten Oktober veröffentlichten GATT-Jahresbericht wird die Lage der Weltwirtschaft in einer sich beschleunigenden Inflation zum Hauptthema genommen. Das GATT bezeichnet dabei ein Faktor der weltweiten Geldentwertung, die Hausse der Roh-

1) Grundsätzlich ähnliche Probleme stellen sich für den Welthandel als Folge der Preishausse bei den übrigen Rohstoffen (NE-Metalle, Holz, Kautschuk, Asbest). Deren Preise sind in den letzten zwei Jahren an den internationalen Märkten massiv angestiegen. Eine Vorhersage über die weitere Entwicklung dieser sehr stark spekulativ beeinflussten Preise ist äusserst schwierig, weshalb auf diesen Aspekt im folgenden nicht weiter eingegangen wird.

stoffpreise, insbesondere auf dem Mineralölsektor, als die "kapitale wirtschaftliche Tatsache des Jahres 1973". In der Zeit vom 15. Oktober bis 1. Januar sind die durchschnittlichen CIF-Verkaufspreise als Folge der massiven Preiserhöhungen der Oelförderländer um mehr als das Doppelte angestiegen, womit praktisch ein neuer Motor der Weltinflation, vor allem für die Industrieländer, angelaufen ist.

Jede Preissteigerung der Einfuhr von Rohöl und Erdölderivaten reflektiert sich in einer entsprechenden Erhöhung des Importpreisniveau. Sofern die Erdölprodukte nicht direkt als Kostenelement in die Exportgüterproduktion eingehen und sich überwälzen lassen, resultiert daraus ein realer volkswirtschaftlicher Substanzverlust in der Form einer Verschlechterung der "terms of trade" und damit der Handelsbilanz.

Die Verteuerung des Erdöls wird sich direkt auf das binnenwirtschaftliche Preisniveau der Einfuhrländer auswirken. Die OECD schätzt den durchschnittlichen direkten Preisteuerungseffekt, gemessen am Preisindex des Bruttosozialproduktes, für das OECD-Gebiet (ohne USA) auf 1 1/2 - 2 %. Werden noch die indirekten Preisfolgen über die Lohn-Preis Spirale hinzugezählt, so rechnet die OECD für das laufende Jahr mit einer zusätzlichen erdölbedingten Inflationsrate von insgesamt drei oder mehr Prozent.

Hinzu kommen nun noch mögliche Produktionsausfälle und eine rückläufige Beschäftigung in den stark ölabhängigen Wirtschaftsbereichen (z.B. Automobilindustrie) als Folge des zu erwartenden Nachfragerückgangs in diesen Sektoren. Zudem ist es nicht ausgeschlossen, dass sich diese Industriezweige auf etwas längere Frist zu grösseren produktionstechnischen Umstellungen gezwungen sehen könnten. Dies dürfte vor allem für diejenigen Länder von erheblicher Bedeutung sein, deren direkt betroffenen

Branchen in beträchtlicher Masse an der Entstehung des Brutto-sozialproduktes partizipieren. Insgesamt scheint die Annahme einer Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Produktionswachstums und einer Stagnation des gütermässigen Handelsvolumens als wichtige Quellen des Wohlstandes somit einen durchaus realen Hintergrund zu haben.

Die OECD beziffert die zusätzlichen Importausgaben für Erdölprodukte im Jahre 1974 auf 55 Mrd. Dollar. Da ein wesentlicher Teil dieser Deviseneinnahmen auf Produktionsländer mit beschränkten wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten entfällt (ungefähr ein Drittel), wird die induzierte Importanfrage dieser Länder nur auf 5-10 Mrd. Dollar veranschlagt. Als Resultat würde sich die Nettoverschlechterung der OECD-Handelsbilanz auf 45-50 Mrd. Dollar belaufen.

Wohl besteht Grund zur Annahme, dass die Oelländer ihre hohen Deviseneinnahmen zum überwiegenden Teil wieder im OECD-Raum investieren werden, so dass die "overall"-Zahlungsbilanz ausgeglichen wäre. Es ist jedoch zu vermuten, dass der Löwenanteil dieser Gelder am amerikanischen Geldmarkt und am Eurodollarmarkt angelegt werden, so dass nur wenige Länder in den Genuss dieser kompensatorischen Kapitalzuflüsse gelangen. Im Ergebnis muss somit mit einer sehr ungleichmässigen zahlungsbilanzpolitischen Belastung der Konsumentenländer gerechnet werden.

Für Staaten mit chronischen Aussenhandelsüberschüssen (Deutschland, Japan) dürften daraus nicht unlösbare Probleme erwachsen. Hingegen könnte die Lage für Länder mit einer nahezu ausgeglichenen (Frankreich) oder negativen Handelsbilanz (GB, I,) längerfristig unangenehm werden, indem sich ein permanentes Defizit in der laufenden Rechnung nicht über die Währungsreserven finanzieren lässt.

Auch mit flexiblen Wechselkursen lässt sich - wie das Beispiel GB zeigt - das Finanzierungsproblem nicht völlig umgehen, wenn vermieden werden will, dass sich der Gleichgewichtskurs der eigenen Währung nicht auf einem unhaltbar tiefen Niveau einpendeln soll.

Unter diesen schwierigen Umständen erscheint es besonders wichtig, dass eine Eskalation von Beschränkungen des Handels- und Zahlungsverkehrs sowie Abwertungen aus Wettbewerbsgründen vermieden werden. Die nationalen Wirtschaftspolitiken sollten so koordiniert und aufeinander abgestimmt werden, dass durch Sparmassnahmen Verbrauchseinschränkungen und Ingangsetzung von Substitutionsprozessen weltweit eine Dämpfung der Nachfrage nach Erdölprodukten erzielt werden könnte, um so die Erdölkrise mit einem Mindestmass an Schaden für die Weltwirtschaft zu bewältigen. Gleichzeitig müssten Lösungen gesucht werden, die eine geordnete Finanzierung der Veränderungen der einzelstaatlichen Leistungsbilanzpositionen erlauben. Unnötig zu sagen, dass bei der Verfolgung dieser Ziele eine internationale Zusammenarbeit und Konsultation unerlässlich ist.

Die Auswirkungen der Oelkrise auf die internationalen Investitionen

Neben den Währungs- und Zahlungsbilanzproblemen infolge der Ansammlung von enormen Guthaben bei den Oelförderländern stellt sich die Frage nach der Verwendung dieses Devisenreichtums. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die "Absorptionsmöglichkeiten" der Oelländer physisch limitiert sind, so dass wahrscheinlich der grösste Teil der Erdöleinnahmen in den monetären Kreislauf der Industrieländer fliessen dürfte.

Die umlaufenden Schätzungen über das Anlagevolumen der erdölgewinnenden Länder erreichen phantastische Höhen. Werden die Erdölpreise auf dem heutigen Niveau belassen, müssten jährlich durchschnittlich 30-40 Mrd. Dollar investiert werden. Zum Vergleich sei angeführt, dass sich die gesamten amerikanischen Auslandsinvestitionen (Direkt- und alle übrigen "non-liquid"-Investitionen) im Zeitabschnitt von 1960-1972 von 49,3 Mrd. auf 144,8 Mrd. erhöhten. Wenn man sich der leidenschaftlichen Reaktionen über diese Investitionen erinnert, erhellt die Trag-

weite des auf die Weltwirtschaft und insbesondere auf die Industrieländer zukommenden Probleme. Denn nach den bisherigen Erfahrungen dürfte die Plazierungskraft des Eurogeld- und Kapitalmarktes - dem bevorzugten Anlagemarkt der Oelländer - nicht ausreichend sein, um diese Gelder ohne die dauernde Gefahr von spekulativen Geldbewegungen zu absorbieren. Hinzu kommt nun noch, dass in Zeiten ausgeprägter Inflation die Investitionsplanung zusätzliche Schwierigkeiten bereitet, indem nur ein kleiner Teil der finanziellen Aktiva "Sachwertcharakter" besitzt.

Aus diesem Grund könnten sich gewisse Erdölländer genötigt sehen, ihre Oelprodukte zu beschränken und die Exporte auf das Niveau ihrer Importbedürfnisse herabzusetzen, um nicht risikobehaftete und wertunstable Forderungen akkumulieren zu müssen. Damit wird zugleich evident, dass eine wirksame internationale Inflationsbekämpfung zu einer Verbesserung der das Erdölproblem mitbeeinflussenden Tatsachen beizutragen vermöchte.

Abstrahiert man von den zuvor angetönten Produktionskürzungen der Oelländer, so ist es denkbar, dass im Sog der zu erwartenden Umlagerungen in den traditionellen Schuldner-Gläubiger Strukturen ein Ueberdenken hinsichtlich der Freiheit des Kapitalverkehrs Platz greifen könnte. Die Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs ist aber eine notwendige Bedingung für einen verzerrungsfreien Welthandel und schafft überdies die Voraussetzungen für eine bessere Nutzung der Produktivkräfte in vielen Ländern.

Nur wenn es gelingt, langfristige Anlagemöglichkeiten für die Ueberschüsse aus den Oeleinnahmen zu schaffen, ist eineneue stabile Welthandels- und Währungsordnung denkbar. Dazu bedarf es einer gemeinsamen internationalen Anstrengung.

Es ist naheliegend, dass die Schweiz, deren Banken im internationalen Geld- und Kapitalverkehr eine wichtige Drehscheiben-

funktion ausüben, ein vitales Interesse daran haben muss, dass ein Rückfall in ein Regime nationaler Kapitalverkehrsrestriktionen vermieden wird.

Die Auswirkungen der Erdölpreissteigerungen auf die Entwicklungsländer und die Entwicklungspolitik

Nach den bisherigen Darlegungen scheint es einleuchtend, dass zu den am schwersten in Mitleidenschaft gezogenen Länder die nicht ölproduzierenden Entwicklungsländer gehören. An dieser Stelle ist jedoch darauf hinzuweisen, dass es nicht zulässig ist, die nichtölproduzierenden Länder als eine homogene Gruppe zu betrachten. Diejenigen Entwicklungsländer mit Rohstoffen, die in letzter Zeit ebenfalls starke Preissteigerungen verzeichnet haben, dürften zumindest anfänglich die Auswirkungen der Oelpreiserhöhungen relativ wenig spüren.

Die OECD schätzt die erdölbedingten zusätzlichen Importausgaben der nicht ölproduzierenden Entwicklungsländer 1974 auf 10 Mrd. Dollar. Die zentralen Währungsreserven dieser Staaten beliefen sich Ende September 1973 zum Vergleich auf 19,06 Mrd. Dollar. Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass die Verteilung sehr ungleichmässig ist, indem Länder wie Brasilien, Mexiko einen hohen Anteil auf sich vereinigen. Für einige der nicht ölproduzierenden Entwicklungsländer dürfte die Finanzierung der zu erwartenden Handelsbilanzdefizite überhaupt nichtmehr aus eigener Kraft zu bewältigende Probleme stellen.

Neben den direkten Auswirkungen auf die Handelsbilanzen der Entwicklungsländer müssen nun noch die indirekten Preisfolgen der Oelpreiserhöhungen in die Betrachtung miteingezogen werden. Einmal dürfte der internationale Warenaustausch als Folge der zu erwartenden Stagnation der Weltkonjunktur tendenziell zurückgehen. Dadurch wird die Zahlungsbilanzposition der nicht ölproduzierenden Entwicklungsländer insgesamt nachteilig beeinflusst werden. Zum zweiten ist zu erwarten, dass die Industrie-

länder versuchen werden, die erhöhten Energiekosten auf die Preise der Exportprodukte zu überwälzen. Dadurch dürften die Entwicklungsländer den Verbesserungen in den "terms of trade", die sie als Folge der Rohstoffpreishausschuss in den letzten zwei Jahren verzeichneten, wieder verlustig gehen. Besonders einige der bevölkerungsstärksten Entwicklungsländer und -gebiete dürften davon betroffen werden (Indien, Pakistan, Südost-Asien, grosse Teile Schwarz Afrika).

Es ist zu befürchten, dass die Oelkrise in den Industrieländern das Klima für die Entwicklungshilfe verschlechtern wird. Abgesehen davon, dass die finanziellen Mittel dafür zusammenschrumpfen dürften, besteht für die Entwicklungsländer ohne Erdölproduktion die Gefahr einer Diskriminierung, indem gewisse Industrieländer aus versorgungspolitischen Gründen ihr Industriepotential einseitig nach den erdölproduzierenden Ländern ausrichten könnten.

Wenn unter diesen Umständen nicht eine Lähmung der Entwicklungshilfe Platz greifen soll, muss zwischen den Industrie- und den Erdölländern ein gemeinsamer Dialog über die entwicklungspolitischen Verantwortlichkeiten einsetzen. Hauptaufgabe wäre dabei, kurz- und mittelfristig ausreichende Fazilitäten für die Finanzierung der Handelsbilanzdefizite der Entwicklungsländer zu erschliessen. Hierbei müsste versucht werden, die Deviseneingänge der Erdölländer und die verbleibenden Ueberschüsse der Industrieländer - sowohl auf individueller Ebene als auch über internationale Finanzinstitutionen - für diesen Zweck dienstbar zu machen. Schliesslich wird auch eine Abstimmung der Politik zwischen den nicht ölproduzierenden Entwicklungs- und Industrieländern notwendig sein.

* * *

Na